

HESSISCHER LANDTAG

30.11.2017

HHA

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für die Haushaltsjahre 2018 und 2019 (Haushaltsgesetz 2018/2019)

Drucksache 19/5237

Inhalt des Antrags: Solaranlagen auf öffentlichen Dächern

Einzelplan 18 Staatliche Hochbaumaßnahmen

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 18 01 Staattliche Hochbaumaßnahmen

Buchungskreis: 2535

Produktnummer lt. Leistungsplan 15 neu

Bezeichnung lt. Leistungsplan Investition in den Bau von Photovoltaikanlage auf Dächern öffentlich genutzer

Gebäude

		Veränderung		
	von	um	auf	
Leistungsplan 2018:				
	В	Beträge in 1.000 EUR		
Gesamtkosten	0,	+30.000,0	30.000,0	
Produktabgeltung	0,	0 +30.000,0	30.000,0	
	·			

Leistungsplan 2019:

	Betrage in 1.000 EUR		
Gesamtkosten	0,0	+30.000,0	30.000,0
Produktabgeltung	0,0	+30.000,0	30.000,0

Verpflichtungsermächtigungen 2018:

Beträge in EUR

Verpflichtungsermächtigungen zu Titel	von	um	auf
ver princintungser machtigungen zu Titer	VOII	um	auı
Verpflichtungsermächtigungen 2019	0	+5.000.000	5.000.000
Verpflichtungsermächtigungen 2020	0	+ 5.000.000	5.000.000
Verpflichtungsermächtigungen 2021	0	+5.000.000	5.000.000
Verpflichtungsermächtigungen 2022ff		+5.000.000	5.000.000
Gesamtverpflichtung	0	+20.000.000	20.000.000

Verpflichtungsermächtigungen 2019:

Beträge in EUR

Verpflichtungsermächtigungen zu Titel			
Verpflichtungsermächtigungen 2020	0	+5.000.000	5.000.000
Verpflichtungsermächtigungen 2021	0	+5.000.000	5.000.000
Verpflichtungsermächtigungen 2022	0	+5.000.000	5.000.000
Verpflichtungsermächtigungen 2023ff	0	+10.000.000	10.000.000
Gesamtverpflichtung	0	+25.000.000	25.000.000

Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Die Energiewende muss auch auf hessischen Dächern stattfinden. Die meisten Gebäude in öffentlicher Nutzung sind noch nicht mit Photovoltaikanlagen zur Stromerzeugung ausgestattet. Schulen, Krankenhäuser, Einrichtungen der kommunalen Verwaltung, Gerichte u.v.m. könnten eine Teil ihres Strombedarfs auf dem eigenen Dach erzeugen oder in das Netz einspeisen. Nach dem Solar-Kataster Hessen muss jetzt die Umsetzung kommen. Das Land muss hier mit gutem Beispiel voran gehen und in die solare Stromerzeugung auf selbst genutzen Gebäuden 10 Mio. Euro jährlich investieren.

Wiesbaden, 30.11.2017

Für die Fraktion DIE LINKE Die Fraktionsvorsitzende

Janine Wissler